

# Die Uni sozial gestalten.



Liebe Kommilitoninnen und Kommilitonen!

Am **5. Juli 2011** habt Ihr die Wahl. Wieder einmal werden die studentischen VertreterInnen für den **Senat** und der **AStA** der Uni Freiburg gewählt. Wieder einmal habt Ihr die Chance, die Geschicke der Universität und der Studierendenvertretung zu bestimmen. Um Euch unser Programm für die künftige Studierendenvertretung zu erläutern, haben wir ein Wahlprogramm erarbeitet, das in gleichem Maße versucht, auf hochschulpolitische wie auf kommunalpolitische Fragestellungen einzugehen. Wir vertreten einen dezidiert allgemeinpolitischen Anspruch, den wir gewillt sind, in Universität und Kommune umzusetzen. Unser Wahlprogramm ist die kompakte Form unserer (hochschul-) politischen Grundüberzeugungen, die Ihr in unserem Grundsatprogramm ([www.juso-hsg-freiburg.de](http://www.juso-hsg-freiburg.de)) findet.

Wir hoffen, dass unser Programm Euch überzeugen kann und bitten Euch bei seiner Umsetzung um Eure Unterstützung. Nur gemeinsam können wir die Universität verbessern!

Freiburg, im Juni 2011,

Eure Juso-Hochschulgruppe.

## Präambel

### Die Uni sozial gestalten!

Wieder einmal ist ein Jahr vergangen, in dem die Bildungspolitik in Baden-Württemberg für Empörung gesorgt hat. Das Auslaufmodell Studiengebühren, verschulte Studiengänge, unverständliche Prüfungsordnungen ... – all dies sind Punkte, die auch in Freiburg den Studienalltag erschweren. Große Hoffnungen setzen wir in die neue Landesregierung, die in ihrem Koalitionsvertrag viele wichtige Ziele festhält. Unter anderem soll das Leitbild der „Unternehmerischen Hochschule“, das im Landeshochschulgesetz festgeschrieben ist, ersetzt werden. Wir wollen uns an der Universität Freiburg für **ein soziales, demokratisches und ökologisches Leitbild** einsetzen, das allen Statusgruppen der Universität Rechnung trägt, das Miteinander in den Strukturen stärkt und der gesellschaftlichen Verantwortung, in der sich die Universität befindet, gerecht wird.

Leider werden wir auch in Freiburg Zeuge alltäglicher Diskriminierung nicht nur von Frauen. Zwar ist das Verhältnis von weiblichen und männlichen Studierenden seit Jahrzehnten nahezu ausgeglichen, doch sieht es im Lehrbetrieb ganz anders aus. **Mit nur zu 13% weiblich besetzten**

**Lehrstühlen befindet sich Freiburg unter dem Bundesdurchschnitt.** Dies zeigt, dass das bestehende Gleichstellungskonzept der Universität nicht funktioniert hat – oder dass es in der Vergangenheit nicht konsequent genug umgesetzt wurde. Aus unserer Sicht ist es eine Mischung aus beiden Faktoren, die eine **Weiterentwicklung des Gleichstellungskonzeptes** nötig macht. Diesen Prozess wollen wir im kommenden Jahr mit anstoßen und uns an der Entwicklung konstruktiv beteiligen.

Demokratische Uni – das heißt auch **gleichberechtigte Partizipation aller Statusgruppen**. Daher begrüßen wir die von der neuen Landesregierung geplante Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft ausdrücklich. Das einseitige Diktieren neuer Regeln „von oben herab“ muss aber auch auf inneruniversitärer Ebene ein Ende finden! Spätestens nach der ersten Welle der Modularisierung vieler Studiengänge und den damit verbundenen Mehrbelastungen von Verwaltung und Studierenden hätten sich die Verantwortlichen darüber im Klaren sein müssen, dass es so nicht weitergeht. Regelungen, die vor allem Studierende betreffen, müssen unter allen Umständen **„am runden Tisch“** diskutiert und entschieden werden. Dies betrifft zum einen den Umbau der UB und zum anderem die anstehende **Modularisierung der noch bestehenden Staatsexamensstudiengänge**: Hier dürfen nicht die gleichen Fehler noch einmal gemacht werden! Wir fordern daher, den Prozess solange auszusetzen, bis die derzeit schon modularisierten Studiengänge akzeptiert und „studierbar“ sind. **Mögliche neue Modularisierungen müssen alsdann mit allen Beteiligten erarbeitet werden.**

Soziale Uni, das heißt auch Nachhaltigkeit! Wir fordern, dass der Universität die vollständige **Umstellung ihrer Stromversorgung auf Ökostrom** ermöglicht wird. Ihr kommt als geistigem und intellektuellem Raum in unserer Gesellschaft eine Rolle besonderer Verantwortung zu, die sie derzeit nicht ausreichend wahrnimmt. In einer Zeit, in der Atomstrom glücklicherweise gesellschaftlich geächtet scheint, kann und darf sich eine grün-rote Landesregierung deshalb nicht die Blöße geben, die Universitäten zur Nutzung einer schädlichen Energiequelle zu zwingen. Aber auch lokal sehen wir die Universitätsleitung in der Pflicht, beispielsweise die Installation von Sonnenkollektoren auf den Universitätsgebäude und eine ökologisch sinnvolle Gebäudesanierung zu forcieren. Ebenso werden wir dafür kämpfen, dass an der von uns bereits durchgesetzten Ökostrom-Nutzung des Studentenwerks nicht gerüttelt wird!

### **Die Stadt sozial und ökologisch modernisieren!**

Im gleichen Maße wie von hochschulpolitischen Entscheidungen ist die Lebensqualität von uns Studierenden von kommunalpolitischen Beschlüssen abhängig. Die seit Jahren immer wiederkehrenden Versuche der Stadt, **partielle Alkoholverbote** zu erlassen statt effektiver Präventionsarbeit den Vortritt zu lassen, sind verfehlt und zu beenden. Auch die von OB Salomon

betriebene „Zwangsurbanisierung“ der Innenstadt durch die Zerstörung der **Grünfläche auf dem Platz der Alten Synagoge** – ein von zentraler Stelle gewollter Platz, ohne echte Bürgerbeteiligung und ohne Rücksicht auf Anliegerinteressen – wird einer modernen, ökologischen und sozialen Stadt und den Interessen ihrer BewohnerInnen nicht gerecht.

Schließlich gilt es, der **Wohnraumpolitik** der Stadt Freiburg ein entschiedenes Contra zu geben. Der Mietspiegel, den die Stadt als aktives Instrument der Wohnpreisregulierung einsetzen könnte, wird von ihr missbraucht, indem Kategorien wie „guter Wohnungsschnitt“ mit aufgenommen wurden, die es VermieterInnen erlauben, die Preise für WG-tauglichen Wohnraum immer weiter in die Höhe zu treiben.

Ein weiterer Punkt ist das Semesterticket, das in Baden-Württemberg jeder Beschreibung spottet. Schaut mensch sich in anderen Bundesländern um, so zeigt allein der Blick nach Hessen oder Nordrhein-Westfalen, was möglich ist, wenn alle VerhandlungspartnerInnen zu Verhandlungen auf Augenhöhe bereit sind. Wir fordern perspektivisch ein **landesweit gültiges Semesterticket**, das es ohne Zeitbindung ermöglicht, auf ökologische Art und Weise im Land mobil zu sein.

Ebenso wichtig ist die „**freie Fahrt zur UB1**“, solange sie als provisorische Universitätsbibliothek fungiert. Untragbar ist der Zustand allein schon durch die räumliche Entfernung zu den meisten Lehrgebäuden der Universität – umso skandalöser die Anbindung der UB1 für Studierende ohne Semesterticket.

Diese Kombination aus demokratischer und ökologischer Verantwortung soll uns den Rahmen geben für die Erarbeitung eines identitätsstiftenden Leitbildes, das aus den Standbeinen Hochschulpolitik und Kommunalpolitik besteht. Unsere Stadt ist ohne die Uni nicht denkbar – und umgekehrt. Genauso wenig ist die Universität denkbar ohne die Menschen, die ihr angehören. Und all dies ist undenkbar ohne Rücksichtnahme aufeinander und auf die Natur, von der wir leben. Somit hoffen wir, mit diesem Wahlprogramm und mit Eurer Unterstützung die Universität ein Stück weit verbessern zu können – durch praktische Politik und die Debatte um ein Leitbild, das uns den Rahmen gibt, in dem wir Lernen und Lehren können.

## **1. Für eine soziale Uni**

### **a) Bezahlbarer Wohnraum – ein Gemeinschaftsprojekt**

In den letzten Jahren ist die Wohnraumsituation für Studierende immer prekärer geworden. Es herrscht ein permanenter Mangel an bezahlbarem Wohnraum, den besonders StudienanfängerInnen zu spüren bekommen. Wir setzen uns gegenüber dem Studentenwerk, der Stadtverwaltung und der Landesregierung für die Schaffung von neuem, **kostengünstigem und lebenswertem Wohnraum** ein. Unsere neue Landesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag eine Erhöhung der

Hochschulfinanzierung angekündigt. Diese Finanzierung muss sich auch auf die soziale Infrastruktur erstrecken, die entscheidend mit den Hochschulen zusammenhängt. Insbesondere die finanzielle Ausstattung der Studentenwerke für die Bereitstellung von Wohnheimplätzen ist hier zu nennen. Wir werden uns zusammen mit den Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion für eine bessere Förderung der Studentenwerke einsetzen.

Auf lokaler Ebene sind die geplanten **Neubauten** in der Studentensiedlung am Seepark ein erster Schritt in die richtige Richtung. Daher wird das Projekt von uns im Verwaltungsrat des Studentenwerkes unterstützt. Doch auch bei diesen Neubauten zeigt sich die Tendenz, teure Appartements günstigen WG-Zimmern vorzuziehen. Diese Entwicklung sehen wir sehr kritisch. Die Bereitstellung von Wohnraum, den sich nur ein Bruchteil aller Studierenden leisten kann, ist keine Lösung für uns alle. Wir Studierenden benötigen ein ausreichendes Angebot bezahlbaren Wohnraums. Hier sehen wir auch die Stadt in der Pflicht. So müssen beispielsweise im Mietspiegel endlich WG-feindliche Punkte wie „guter Wohnungsschnitt“ gestrichen werden, die es VermieterInnen erlauben, den Mietpreis für WGs immer weiter in die Höhe zu treiben.

Das Land, die Kommune und das Studentenwerk können und müssen ihren Beitrag leisten, um die Situation zu verbessern. Lösungen können nur durch ein stärkeres Zusammenwirken aller Beteiligten gefunden werden. Wir als Juso-Hochschulgruppe werden daher auch weiterhin mit und gegenüber allen Beteiligten für **bezahlbaren, lebenswerten Wohnraum kämpfen**, der uns allen zu Gute kommt.

## **b) Semesterticket und VAG**

Freiburg hat den Anspruch, eine studierendenfreundliche Universitätsstadt zu sein. Die Angebote der VAG werden dem allerdings seit Jahren nicht gerecht. Solange die Uni-Bibliothek umgebaut wird, wollen wir beispielsweise die **kostenfreie Fahrt zwischen Stadttheater und UB1** durchsetzen. Den kontinuierlichen Preissteigerungen der letzten Jahre müssen endlich Leistungsverbesserungen folgen! Ein realisierbarer Anfang wäre eine höhere Taktung außerhalb der Stoßzeiten und ein **nächtlicher Minimalbetrieb der Straßenbahnen**, sowie eine kostenfreie Nutzung der Nachtbusse für Studierende mit Semesterticket. Darüber hinaus fordern wir die Ausweitung des Gültigkeitsbereichs zunächst auf den EUCOR-Raum. Mit der Einführung der Verfassten Studierendenschaften muss dann über ein **landesweit gültiges Ticket** verhandelt werden – und zwar anders als bisher auf Augenhöhe. Neben der landesweiten Gültigkeit sollten weitere, konkrete Leistungsverbesserungen folgen. So ist an zahlreichen Universitäten in anderen Bundesländern die Mitnahme von Fahrrädern gestattet oder die Möglichkeit gegeben, zumindest zeitweise andere Personen mitfahren zu lassen. Langfristig muss die **Nutzung des Fernverkehrs** der Deutschen Bahn im Rahmen des Semestertickets durchgesetzt werden: auf ausgewählten

Strecken sollte es zum Beispiel möglich sein, Intercity-Züge zu nutzen. Angesichts unserer Bedeutung für Stadt und Unternehmen drängen wir das Studentenwerk und die Abgeordneten des Gemeinderats dazu, die VAG endlich zu besseren Angeboten zu bewegen – anstatt uns Studierende nur weiter zu schröpfen.

### **c) Studentenwerk für Studierende**

Stetig sinkende Landesmittel, in der Folge steigende Preise in den Mensen, bei Wohnheimen und dem Semesterticket: Dies ist das Resultat schwarz-gelber Hochschulpolitik und der „Finanzierung“ der Studentenwerke. Wir lehnen den in der Vergangenheit erfolgten schrittweisen Ausstieg des Landes aus der **Finanzierung der Studentenwerke** entschieden ab! Die neue Landesregierung wird dabei von uns in die Pflicht genommen, die Versäumnisse ihrer Vorgängerin auszubessern und eine adäquate Finanzierung zu ermöglichen.

Ein weiterer Skandal ist der **immer noch fehlende Tarifvertrag** für die Beschäftigten der studentenwerkseigenen Dienstleistungsgesellschaft (der Hochschulservice-GmbH).

Auch **Kooperationen mit externen Unternehmen** wie z.B. der „FAZ“ beim Café Senkrecht sehen wir als Schritt in die falsche Richtung und wollen eine **Auflösung der entsprechenden Verträge** erreichen. Das Studentenwerk darf als Anstalt öffentlichen Rechts nicht zu einer rein gewinnorientiert arbeitenden Dienstleistungsgesellschaft umgebaut werden. Wir setzen uns daher dafür ein, dass sich das Studentenwerk auf seinen Kernbereich, die sozialen Belange der Studierenden kostengünstig zu befriedigen, konzentriert.

So ist die Situation der **Mensa am Flugplatz** für die Studierenden derzeit untragbar. Wir setzen uns für den **Umbau und eine bessere Ausstattung** der Mensa ein. Langfristig muss hier das Ziel eine eigenständige Mensa für die Technische Fakultät mit eigener Küche und Essensherstellung sein. Es darf nicht sein, dass die Studierenden kaltes Essen oder nach 13 Uhr häufig nur noch Schnitzel bekommen, da die angelieferte Menge nicht ausreicht. Außerdem müssen genügend Essensplätze zur Verfügung gestellt werden. Hierzu wurden unter unserer Beteiligung erste Pläne bereits ausgearbeitet, von Verantwortlichen der alten Landesregierung aber ad acta gelegt. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass das Finanzministerium endlich auch diese, für die soziale Infrastruktur dringend benötigten, Zuschüsse frei gibt.

### **d) Familienfreundliche Uni: Studieren mit Kind ermöglichen**

Ein Studium mit Kind ist nach wie vor schwierig, obgleich die Missstände seit langem bekannt sind. Besonders drastisch zeigt sich dies am Mangel an Betreuungsmöglichkeiten von Kindern studierender Eltern. So kamen laut der 19. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks 2009 auf 100 Studierende 7,5 Kinder, was allein an der Universität Freiburg rund 1600 Kindern entspricht.

Derzeit stehen sämtlichen Universitätsangehörigen jedoch lediglich rund 200 Betreuungsplätze zur Verfügung, von denen nur 123 von Studierenden beantragbar sind. Der Bedarf übersteigt das Angebot dabei erheblich. In diesem Zusammenhang begrüßen wir den für 2012 geplanten Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten. Gerade der **enorme Mangel an Kita-Plätzen für die Kinder von Studierenden** wird findet dabei jedoch kaum Berücksichtigung. Wir fordern daher insbesondere den **schnellstmöglichen flächendeckenden Ausbau dieser Betreuungsangebote**. Dabei ist auf die Gestaltung **flexibler Betreuungszeiten**, die ein sinnvolles Studieren im Semester und während der vorlesungsfreien Zeit ermöglichen, zu achten. Dazu gehört auch die **Bezahlbarkeit der Kinderbetreuung** für Studierende. Durch ein vermehrtes Angebot von Teilzeitstellen muss die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch für NachwuchswissenschaftlerInnen mit Kind erleichtert werden. Des Weiteren müssen die verschiedenen Universitätsgebäude und besonders die UB an die **Bedürfnisse von studierenden Eltern** angepasst werden, sodass ein barrierefreier Zugang auch mit Kinderwagen garantiert ist und ausreichende Abstell- und Wickelmöglichkeiten vorhanden sind.

## 2. Gleichstellung verwirklichen – Vielfalt fördern

Obwohl das allgemeine Verhältnis von weiblichen und männlichen Studienanfängern bereits seit Jahrzehnten nahezu ausgeglichen ist, erweist sich die Hochschullandschaft nach wie vor als männlich dominierte Sphäre. Vor allem in den wissenschaftlichen Spitzenpositionen und auf der universitären Führungsebene zeichnet sich nach wie vor ein **massives Ungleichgewicht** ab. Mit nur 13 % weiblich besetzten Lehrstühlen befindet sich Freiburg sogar unter dem Bundesdurchschnitt. Dieser offenkundigen Ungleichbehandlung von männlichen und weiblichen Universitätsangehörigen muss entschieden entgegengewirkt werden. Eine gleichstellungsorientierte Berufungspraxis ist längst überfällig. Dies muss zum einen durch das Schaffen monetärer Anreize zur Förderung der **proaktiven Suche qualifizierter Wissenschaftlerinnen** sowie den Ausbau von bestehenden **Mentoringprogrammen** zur gezielten Förderung und Ermutigung von Nachwuchswissenschaftlerinnen geschehen. Zum anderen muss auch durch die Schaffung flexibler Studien- und Arbeitsbedingungen die Vereinbarkeit von Familie und einer wissenschaftlichen Laufbahn ermöglicht werden. Wir begrüßen daher den Gleichstellungsplan der Universität für die Jahre 2009-2014. Die Gleichstellung der Geschlechter ist jedoch nur *ein* Aspekt der **Chancengleichheit**, die wir als Juso-HSG fordern und deren Verwirklichung sich auch die Universität unter dem Schlagwort „Diversity“ zum Ziel gesetzt hat. Die Heterogenität der Studierenden bietet die Chance, ganz unterschiedliche **individuelle Potenziale in ihrer Entwicklung zu fördern** und die Uni zu einem Ort von Vielseitigkeit, Austausch und gegenseitiger Bereicherung zu machen. Die Basis dafür schafft ein Hochschulklima, das Chancengleichheit für alle Studierenden, unabhängig von Geschlecht, Alter, physischer Beschaffenheit, Nationalität,

sozialer Herkunft und sexueller Orientierung garantiert und von gegenseitigem Respekt zeugt. Wir fordern daher eine konkrete **Weiterentwicklung des bestehenden Gleichstellungskonzepts** der Universität über den bloßen Ausgleich der Geschlechterverhältnisse hinaus. Dazu gehört der weitere Ausbau von Kontakt-, Orientierungs- und **Mentoringprogrammen für ausländische Studierende** ebenso wie die kritische Stellungnahme zu homophoben Äußerungen durch Lehrstuhlinhaber an unserer Universität. Gender Mainstreaming und Diversity dürfen nicht nur werbewirksame Floskeln sein, die den Erfolg der Universität im Kontext der Exzellenzinitiative befördern sollen, sondern müssen nachhaltig mit Inhalt gefüllt und aktiv gelebt werden.

### **3. Bachelor/Master: Verbesserungen und keine weiteren Umstellungen**

Durch die Umsetzung des Bologna-Prozesses hat sich die Situation in vielen Studienfächern verschlechtert: Ein Hochschulwechsel ist selbst innerhalb Baden-Württembergs faktisch nicht mehr möglich, bis heute bestehen Probleme bei der **Anerkennung von Studienleistungen** im Ausland, auch fehlt die Zeit für ein **Auslandssemester**. Zwar wurden die Studienordnungen einiger Bachelor-Studiengänge bereits reformiert, doch verlief dieser Prozess bisher weder flächendeckend, noch hat er immer zum Erfolg geführt.

Wir fordern, dass die bestehenden Staatsexamensstudiengänge solange nicht auf Bachelor/Master umgestellt werden, bis die bereits existierenden modularisierten Studiengänge vernünftig realisiert sind und für die umzustellenden Studiengänge studierbare Konzepte vorliegen. Explizit fordern wir die Landesregierung auf, die **Lehramtsreform** an den Pädagogischen Hochschulen nicht wie geplant im Sommer durchzusetzen, sondern noch einmal in Dialog mit den Betroffenen zu treten.

Der durchschnittliche Arbeitsaufwand – sowohl absolut als auch pro ECTS-Punkt – schwankt erheblich. Der zum Teil stark erhöhte „Workload“, das enge zeitliche Korsett aus sechssemestrigem Bachelor und viersemestrigem Master sowie die stetige Sorge um einen Masterplatz erschweren ein erfolgreiches und selbstbestimmtes Studium erheblich.

Daher müssen die Studienordnungen so umgestaltet werden, dass sie durch eine freie Wahl des Studieninhaltes sowie die **Abschaffung der Anwesenheitspflicht** ein flexibleres Studium ermöglichen. Zusätzlich sprechen wir uns **gegen die starre Begrenzung auf zehn Semester Regelstudienzeit** für ein konsekutives Studium aus. Vor allem aber muss jedem/jeder Bachelor-AbsolventIn ein **Masterplatz an der eigenen Hochschule garantiert** werden. Daher fordern wir ein Verbot jeglicher Zugangshürden.

### **4. Ökologische Uni: Stromversorgung umstellen**

Die Universität muss als intellektuelles Zentrum Verantwortung gegenüber kommenden Generationen und der Natur übernehmen. Daher fordern wir die vollständige **Umstellung**

## **universitärer Energieversorgung auf Öko-Strom.**

Bisher sind die Universitäten durch eine landesweite Regelung gezwungen, die Kosten ihres Energieverbrauchs im Gegensatz zu anderen Hochschulen allein zu tragen, ohne dass ihre Landeszuschüsse dabei erhöht wurden. So hat sich allein der Stromverbrauch unserer Universität seit 10 Jahren um 174 % gesteigert, die Zuschüsse aber sind gleich hoch geblieben. Durch die ohnehin drückende, strukturelle Unterfinanzierung ist man daher dazu gezwungen, gleichzeitig billigeren Atomstrom zu nutzen und Millionen in Forschung und Lehre einzusparen. Wir setzen uns dafür ein, diese Regelung endlich zu kippen und es der Universität zu ermöglichen, ihre Rolle in unserer Gesellschaft auch in dieser Hinsicht wahrnehmen zu können! Wir wollen parallel zum Rektorat auf die Abgeordneten im Landtag entsprechend einwirken und führen bereits erste Gespräche. Vor Ort sehen wir die Universitätsleitung allerdings in der Pflicht, die **ökologische Gebäudesanierung** sowie die Installation von Sonnenkollektoren zu forcieren.

Bereits vor einem Jahr haben wir durchgesetzt, dass das **Studentenwerk** mitsamt seinen Wohnheimen nur noch Öko-Strom bezieht. Nun könnte daran durch eine landesweite Regelung gerüttelt werden. Wir kämpfen hingegen dafür, eine Verpflichtung auf ökologisch nachhaltige Energiequellen auf Landesebene festzuschreiben. Eine Landesregierung, die eine Energiewende durchsetzen will, kann und darf sich hier keine Blöße geben!

## **5. Gebührenfreies Studium garantieren - Hochschulfinanzen mitgestalten**

### **a) Studiengebühren gehen – Verwaltungsgebühren bleiben?**

Die Studiengebühren werden zum Sommersemester 2012 endlich abgeschafft. Die Abschaffung markiert das Ende einer unsozialen, selektiven und ökonomisch unsinnigen Politik der abgewählten schwarz-gelben Regierung. Der Erfolg gebührt dem breiten gesellschaftlichen und politischen Bündnis und nicht zuletzt allen Studierenden, die sich gegen diese Gebühren gewehrt haben. Wir als Juso-Hochschulgruppe freuen uns sehr über diese Entscheidung. Aus unserer Sicht kommt eine Abschaffung zum Sommersemester 2012 jedoch um ein Jahr zu spät. Ferner bedauern wir zutiefst, dass die SPD sich mit ihrer und unserer Forderung nach **Abschaffung der Verwaltungsgebühren** gegenüber ihrem Koalitionspartner nicht durchsetzen konnte. Verwaltungsgebühren sind ebenfalls nur ein unsozialer Weg, mit dem sich das Land aus seiner Verantwortung für die Hochschulfinanzierung herausstiehlt. Daher gehören auch diese Gebühren – bei vollständigem Finanzausgleich für die Hochschulen – abgeschafft.

### **b) Studium und Lehre – Beteiligung auf Augenhöhe**

*„[...]Diese Ausfallzahlungen [für die Studiengebühren] sollen ausschließlich für Studium und Lehre eingesetzt werden. An der Verteilung der Gelder werden die Studierenden auf Augenhöhe*

*beteiligt.[...]*“

So steht es im Koalitionsvertrag unserer neuen Landesregierung. Durch diesen Passus sind wir Studierenden erstmals in der Lage, aktiv an der **Verteilung der Hochschulfinanzen** mitzuwirken. Wir können nun in dem für uns so wichtigen Bereich Studium und Lehre die **Weichenstellungen in entscheidendem Maße mitbestimmen**. Hierzu brauchen wir indes eine klare gesetzliche Vergabe- und Kompetenzregelung und ein effektives Entscheidungsgremium vor Ort. Als Ausgangspunkt können die Ergebnisse der Rektoratsarbeitsgruppe Studiengebühren dienen, an der auch ein Vertreter der Juso-Hochschulgruppe mitgearbeitet hat. Die Vergabe der Mittel muss transparent, sozial ausgewogen und wie im Koalitionsvertrag angekündigt, auf Augenhöhe, erfolgen.

## **6. Die UB: Den Übergang optimieren, den Umbau gestalten**

Die UB 1 ist vor allem in Hausarbeits- und Klausurenphasen überlastet. Während dieser Stoßzeiten brauchen wir daher mehr Arbeitsplätze für uns Studierende. Abhilfe schaffen könnte die **Öffnung der innerstädtischen Bibliotheken an den Wochenenden**. Eine entsprechende Rektoratsinitiative unterstützen wir ausdrücklich und wollen sie weiter vorantreiben. Im Zusammenhang mit dem Wegfall von Arbeitsplätzen gilt es auch, die Verlegung des juristischen Seminars in die neue UB kritisch zu diskutieren.

In anderen Bereichen haben wir erfolgreich auf **Verbesserungen der Lernbedingungen in der UB** hingewirkt: Die Öffnungszeiten der Cafeteria wurden verlängert, das Angebot erweitert, der leidige Schlüsselautomat um dezentrale **Schließfächer** und **Schlüsselvergabe** durch das Personal ergänzt. Außerdem stehen auf unser Drängen hin mittlerweile Sitzgelegenheiten vor der UB 1 zur Verfügung.

Doch nicht nur die UB 1 ist in ständigem Wandel begriffen, auch der Umbau der alten UB im Stadtzentrum nimmt langsam Formen an. Gleichzeitig schreitet auch die Gestaltung der Inneneinrichtung voran. Wir sind überzeugt, dass dieser Prozess nur unter einer möglichst **breiten Beteiligung aller Studierenden** gelingen kann. Wir Studierende sind die NutzerInnen dieser UB, dementsprechend wissen wir am besten wie unsere Arbeitsplätze in der UB aussehen sollten. Wir haben uns bereits in der Vergangenheit im Bibliotheksausschuss entschieden für eine breite Beteiligung der Studierenden eingesetzt und werden dies auch weiterhin im neu gegründeten Ausschuss für neue Medien mit unserem Vertreter tun.

## **7. Verfasste Studierendenschaft und ihr Aufbau**

Wir freuen uns sehr, dass die Verfasste Studierendenschaft (VS) nach 30 Jahren wieder eingeführt wird. Ihre Wiederbelebung ist ein Beispiel dafür, dass Mehrheitsänderungen im Landtag durchaus die Lebensrealität der Studierenden betreffen. Alles deutet darauf hin, dass im Herbst ein Gesetz

hierzu erlassen wird und wir uns dann im folgenden Jahr eine neue Satzung geben können.

Der Aufbau und die Ausgestaltung der VS werden die Arbeit der Studierendenschaft, die **Mitbestimmungsmöglichkeiten jedes/jeder Einzelnen** und die Politik der Studierenden nach außen auf Jahre hinaus bestimmen. Eine Eins-zu-Eins-Übernahme des jetzigen Systems halten wir für nicht sinnvoll. Gerade Interessen, die zwar von vielen Studierenden quer durch die Uni für wichtig gehalten werden, aber in keiner Fachschaft dominieren, werden vernachlässigt. Außerdem ist eine Mitgestaltung nur unter großem zeitlichem Aufwand möglich. Um ein besseres System zu erreichen, wollen wir die Einführung der VS unter größtmöglichem Konsens und unter der **Beteiligung möglichst vieler Studierender(-gruppen)** erarbeiten und gemeinsam versuchen neue Wege zu finden. Wir wollen im **Arbeitskreis VS** weiter aktiv mitarbeiten und seine Veranstaltungen möglichst vielen Studierenden bekannt machen. Auf zu einer demokratischen, effektiven und offenen Verfassten Studierendenschaft!

### **8. Für eine offene Stadt**

Uns Studierende betrifft die **Kommunalpolitik** der Stadt Freiburg spürbar. Insbesondere zwei Felder, an denen sich die Offenheit und Toleranz einer Stadt messen lassen, möchten wir hier hervorheben.

Zum einen sind hier die Versuche der Stadt zu nennen, an zentralen Plätzen in der Innenstadt ein Alkoholverbot zu verhängen. Selbst das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs hält bedauerlicherweise weder den grünen Oberbürgermeister noch unsere Landesregierung davon ab, konkrete **Alkoholverbote** zu planen. Wir sind überzeugt, dass Probleme an der Wurzel angepackt werden müssen und nicht durch pauschale Verbote bekämpft werden können. Von gewissen Personenkreisen unerwünschte MitbürgerInnen dürfen durch eine solche Verbots- und Verdrängungspolitik nicht immer weiter ins Abseits geschoben werden.

In das gleiche Horn wird inoffiziell bei der **Neugestaltung des Platzes der alten Synagoge** gestoßen. Die Zerstörung der Grünfläche trifft insbesondere auch uns Studierende. Wir treten einer 12 Millionen Euro teuren Betonwüste entschieden entgegen und fordern den **Erhalt der Grünfläche vor dem KG II**. In diesem Zusammenhang begrüßen wir ausdrücklich die von uns initiierten Beschlüsse der Freiburger SPD. Eine Verbotspolitik, die einhergeht mit der Zerstörung innerstädtischer Naherholungsorte, steht dem Konzept einer offenen Stadt diametral entgegen. Wir als Juso-Hochschulgruppe setzen uns deshalb für eine ökologisch vernünftige und sozial gerechte Stadtplanung ein. Zu einer toleranten Stadt gehört auch Solidarität mit den Schwachen.

So fordern wir die Stadt Freiburg auf, die Situation von ZuzüglerInnen und AsylbewerberInnen hier in Freiburg zu verbessern, speziell geht es dabei um ihre Wohnbedingungen und ihre Bildungsmöglichkeiten.